

Schritt um Schritt zur digitalen Schweiz

Es ist nicht einfach, ein föderalistisches Land wie die Schweiz rasch zu digitalisieren. Doch auf den Gemeindeverwaltungen tut sich mehr, als man denken könnte, wie unser Fokusthema zeigt.

Die Umsetzung von E-Government in der Schweiz geht Schritt um Schritt voran. Im Juni 2018 wurde die Betriebsgesellschaft eOperations Schweiz AG gegründet. eUmzugCH, die erste Leistung, die eOperations Schweiz betreibt, ist heute in zehn Kantonen im Einsatz. Der Bundesrat hat zudem die Botschaft des E-ID-Gesetzes verabschiedet, die parlamentarische Diskussion hat gerade erst angefangen. Innovationsprojekte wie der Aufbau eines Chatbots für die öffentliche Verwaltung, die Entwicklung eines Partizipationsmoduls für Gemeinwesen (vgl. auch Text unten) und der Einsatz der

Blockchain-Technologie für die elektronische Identifikation und Unterschrift stehen kurz vor dem Abschluss. 2018 wurden auch die Weichen für die E-Government-Zusammenarbeit ab 2020 gestellt, wie der Bundesrat in einer Mitteilung schreibt. «Sowohl die Konferenz der Kantonsregierungen als auch der Bundesrat wollen, dass die Verwaltung konsequent auf digitale Prozesse setzt.» Diesen Weg geben die Eckwerte der E-Government-Strategie Schweiz 2020–2023 mit dem Leitbild «Digital First» vor. Auch für 2019 kündigt der Bundesrat wichtige Arbeiten an. «2019

ist das letzte Umsetzungsjahr des aktuellen Schwerpunktplans. Die im Entwurf vorliegenden Grundlagendokumente für die E-Government-Zusammenarbeit 2020–2023 sind fertigzustellen und Bund, Kantonen und Gemeinden zur Konsultation vorzulegen.» Dass die Digitalisierung auf vielen Gemeindeverwaltungen in teils unerwarteten Bereichen längst im Gange ist, zeigen die Beispiele auf den folgenden Seiten. Wir wünschen spannende Lektüre!

*Denise Lachat
Chefredaktorin «Schweizer Gemeinde»*

eOperations Schweiz AG



eUmzugCH



Botschaft des E-ID-Gesetzes



Der Einsatz des Gemeindeverbands hat sich gelohnt 😊

Ein Grossteil der Bevölkerung nutzt die neuen Kommunikationstechnologien täglich in vielen Lebensbereichen zur Erledigung diverser Aufgaben wie auch zur Kontaktpflege. Das bedeutet: Die Bevölkerung ist bereit für den digitalen Dialog!

Der Schweizerische Gemeindeverband (SGV) ist überzeugt, dass E-Government neue Chancen im Dialog zwischen Gemeinden und Bürgern eröffnet und

insbesondere E-Partizipation vielfältige neue Möglichkeiten bietet. Zum Beispiel könnten Gemeinden ihren Bürgerinnen und Bürgern in Entwicklungsprozessen Ideen, Planungen und Projekte bereits in einem frühen Stadium breiter und örtlich unabhängig präsentieren und Rückmeldungen einholen. Stimmbürgerinnen und Stimmbürger könnten Gemeindeversammlungen online verfolgen und per Mausclick an den

Abstimmungen teilnehmen – E-Partizipation kann also zusätzliche Bevölkerungsteile ansprechen und sie motivieren, die Gemeinde aktiv mitzugestalten. Durch die örtliche und zeitliche Flexibilität fördert E-Partizipation zudem die Chancengleichheit.

Der SGV setzte sich in den letzten beiden Jahren auf verschiedenen Ebenen stark dafür ein, dass die beiden Themen «E-Partizipation» und «Standardisie-

Der Schweizerische Gemeindeverband (SGV) gestaltet «E-Government Schweiz» aktiv mit

«E-Government Schweiz» ist die Organisation von Bund, Kantonen und Gemeinden für die Ausbreitung elektronischer Behördenleistungen. Sie steuert, plant und koordiniert die gemeinsamen E-Government-Aktivitäten der drei Staatsebenen. Bund, Kantone und Gemeinden verfolgen eine gemeinsame Strategie. Auch der SGV ist Teil der Organisation. Seine Vertreter im Steuerungsgremium sind SGV-Vorstandsmitglied Beat Tinner, Gemeindepräsident von Wartau (SG), und Peter Bernasconi, alt Gemeindepräsident von Worb (BE) und ehemaliges SGV-Vorstandsmitglied. Im Planungsausschuss vertritt die Gemeindeinteressen Peter Scholl, Gemeindeschreiber von Moosseedorf (BE). Für Beat Tinner ist klar: «E-Government beginnt auf Gemeindeebene.» Für Politik und Verwaltung soll dieses Potenzial genutzt und der elektronische Kanal für den Geschäftsverkehr angeboten werden. Das konkrete Online-Angebot soll grundsätzlich jede Gemeinde nach eigenen Schwerpunkten ausgestalten. Wichtig dabei sei, so Tinner, dass innerhalb des Kantons mit den Gemeinden die Tätigkeiten koordiniert würden. «Das bedingt jedoch, dass nationale Infrastrukturen und Basismodule wie die elektronische Identität schweizweit bereitgestellt werden. Da-

für ist eine Zusammenarbeit zwischen allen Staatsebenen vonnöten.» Peter Bernasconi erwähnt neben der Zusammenarbeit auf strategischer Ebene einen weiteren wichtigen Faktor: die Kooperation unter den Verwaltungsstellen und die Weiterentwicklung der staatlichen Dienstleistung. «Ein wirklicher Mehrwert entsteht erst, wenn bestehende Verwaltungsprozesse aus einer Gesamtsicht neu beurteilt und wo nötig neu gestaltet werden.» Es genüge nicht, eine heute analoge Dienstleistung elektronisch anzubieten. Deshalb fördert auch E-Government Schweiz die Zusammenarbeit unter den Verwaltungsbehörden im Rahmen des Schwerpunktplans und mittels verschiedener Veranstaltungen. Zurzeit wird auf Bundesebene geprüft, ob es für den Bund neue rechtliche Grundlagen für eine effektivere und

verbindlichere Umsetzung von E-Government benötigt. Der SGV hat im Rahmen der laufenden Konsultation einen pragmatischen Ansatz eingefordert, der auf der heutigen Zusammenarbeit aufbaut. «Wir wehren uns nicht grundsätzlich gegen mehr Verbindlichkeit», sagt SGV-Direktor Christoph Niederberger. Diese müsste aber an Bedingungen geknüpft werden. Es dürfe nicht sein, dass am Ende «der Bund befiehlt und die Gemeinden bezahlen». Das Modell des Kantons St. Gallen, in dem ein paritätisch durch Gemeinde- und Kantonsvertreter zusammengesetztes E-Government-Kooperationsgremium Verantwortlichkeiten untereinander austauschen und Standards setzen kann, sieht Niederberger als gutes Beispiel für einen gemeinschaftlichen Weg.

www.egovernment.ch

Vertreten die Gemeinden bei E-Government Schweiz: Beat Tinner, Peter Bernasconi und Peter Scholl (von links). Bilder: zvg.



Chatbot



Blockchain-Technologie



Digital First



«Grundlagen der Basisinfrastruktur» bei der Überarbeitung der Strategie von E-Government Schweiz als Kernthemen aufgenommen werden. Dadurch soll auch sichergestellt werden, dass E-Government Lösungen einfacher von einer Gemeinde auf die andere übertragen und somit Investitionen breiter abgestützt werden können. Der Einsatz hat sich gelohnt: In der Medienmitteilung des Bundesrates vom 14. November 2018 zur neuen E-Government-Strategie Schweiz 2020–2023 hebt der Bundesrat in den

Eckwerten vier Handlungsfelder hervor, in deren Rahmen Aktivitäten zu lancieren sind, um die Digitalisierung der Verwaltung in der Schweiz weiterzubringen, nämlich «Interaktion und Partizipation», «Basisdienste und Infrastruktur», «Organisation und rechtliche Grundlagen» sowie «Vertrauen und Wissen». Für die Erarbeitung des Umsetzungsplans 2020–2023 wird E-Government Schweiz in diesen Handlungsfeldern Massnahmen definieren.



Magdalena Meyer-Wiesmann, Projektleiterin SGV